

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
26 (1912)**

131 (8.6.1912)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-549850](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-549850)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Blumenstraße 24, Fernsprecher 580.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Postgebühren 75 Pfg. bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

— Mit —  
Unterhaltungsbeilage.

Bei den Inseraten wird die hochgehaltene Zeitungs- oder deren Raum für die Inserenten in Häftlingen-Wilhelmshaven und Umgebung, sowie der Filialen mit 15 Pfennig berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfennig; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Geringere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unersichtlich. — Kleinanzeigen 50 Pfg.

26. Jahrgang.

Hüftringen, Sonnabend den 8. Juni 1912.

Nr. 151.

## Parlamentarismus.

Der Parlamentarismus ist wieder einmal auf dem Höhepunkt. Schon die stürmischen Szenen, die sich in den letzten Wochen im preussischen Reichstag abspielten, hatten seinen Gegnern Gelegenheit gegeben, seinen „Niederbruch“ zu konstatieren. Nun kommen noch die ungeheuerlichen Vorgänge dazu, die sich in den letzten Tagen in Budapest ereignet haben, wo nicht nur ein Verantw. mit vier Mann erschien, um einen unbedingten Volksvertreter auf die Luft zu setzen, sondern die bewaffnete Macht in Kolonnen eindringt, um die Abgeordneten dünkend- und rabelweise aus dem Sitzungssaal zu verjagen. Statt nun gegen die willkürliche Handhabung der Präsidialgewalt, die Verbrechen der Polizei Anklage zu erheben und wahrheitsgemäß festzustellen, daß im preussischen Landtag wie im ungarischen Reichstag der Parlamentarismus garnicht konformittig vor sich geht, weil diese Häuser gar keine Parlamente im modernen Sinne sind, fällt man über die Parlamente und das parlamentarische Prinzip ganz im allgemeinen her und weist ihnen mit unheilbrodender Miene den Untergang.

Man muß zugeben, daß sich dieser arme Parlamentarismus dabei in keiner glücklichen Lage befindet. Denn in allen politischen Lagern, von den Sozialisten anfangend bis zu gewissen, in Deutschland wenig bekannten Extremen der revolutionären Arbeiterbewegung, gibt es Leute, die ihm gerne etwas an Zeugnis stiften. Und daß er mit allerlei Fehlern und Unvollkommenheiten behaftet ist — welcher seiner Verteidiger wollte das leugnen?

Während alle anderen Faktoren der Regierung und Gesetzgebung die Möglichkeit haben, ihre Pläne zu verbergen, liegt es im Wesen des Parlamentarismus, daß gerade er seine Pläne öffentlich zur Schau tragen muß. Wie beweisenswert ist dagegen die Stellung der Monarchie und der Bureaucratie! Ein vernünftiger Monarch geht auf die Jagd, vollzieht die notwendigen Unterdrückungen und wird dafür von den offiziellen Zeitungsschreibern als ein Mann verehrt, der Tag und Nacht unermüßlich für das Wohl seiner Untertanen tätig ist. Der Bureaucrat tut seine Pflicht von neun bis drei, unmoßbar, unfehlbar, in seiner Art vollkommen und weiß das Publikum, das für ihn da ist, in den gebührenden Grenzen des Respekts zu halten. Der Parlamentarismus aber legt an die Stelle des überkommenen Regierungssystems der Geheimen Regierungsräte das System der vollkommenen Öffentlichkeit, jede seiner Lebensäußerungen wird sofort in Tausenden von Zeitungen verzeichnet, und so bietet er auch die breiteste Zielfläche aller öffentlichen Kritik.

Kritik ist das große zum Fortschritt treibende Prinzip unserer Zeit. Kritik ist gut — auch Kritik am Parlamentarismus, aber auch dieser selbst ist gut, weil er selber eine Organisation des kritischen Geistes unseres Zeitalters ist. Was wollen denn die reaktionären Kritiker des Parlamentarismus an seine Stelle setzen? Entweder den Absolutismus, das durch keine Kritik, keine hemmenden Faktoren der Gesetzgebung beschränkte persönliche Regiment? In einer Zeit, in der die Türkei ihre Nationalversammlung hat, die drittische Republik ihre Nationalversammlung hat, sind solche Pläne abenteuerliche Wäpfe. Einer Beschränkung des Parlamentarismus in der heute allein zeitgemäßen Form, durch die direkte Gesetzgebung des Volkes werden aber gerade die am wenigsten das Wort reden wollen, die diesen Parlamentarismus heute am schärfsten kritisieren.

Wo die antiparlamentarische Kritik das Ziel verfolgt, den gewiß unvollkommenen Parlamentarismus im Interesse des noch viel unvollkommeneren persönlichen Regiments und der gleichfalls höchst unzulänglichen stoenmäßig verfaßten Bureaucratie zu discredieren, werden ihre Bestrebungen stets den höchsten Widerstand der Massen finden, die im Besitze einer edlen, gerade zusammengesetzten und allgemein geübten Volkserziehung heute das einzige Mittel erblicken müssen, um ihren Willen in den Staatsgeschäften zur Geltung zu bringen. Deswegen braucht nicht überleben und nicht gelegentlich zu werden, daß der Parlamentarismus in seiner heutigen Gestalt nichts Einziges, Unabänderliches ist, sondern daß er ein Uebergangsstadium darstellt mag — ein Uebergangsstadium oder nicht zurück zu den verlebten antientarischen Regierungssystemen, sondern vorwärts zu einer vollkommenen Organisation reiner Volksvertretung.

Der Parlamentarismus, wie er ist, ist eine Notwendigkeit unter gegenwärtigen Entwicklungsstufen, und darum ist es auch irtümlich anzunehmen. Sein und Nichtsein hängen für ihn ab von mehr oder minder guten Manieren, die in seinem Rahmen beibehalten werden. Gute Manieren sind etwas Schönes, und es ist auch nicht richtig,

daß man im Deutschen immer läßt, wenn man höflich ist. Es gibt aber Grenzen, in denen die Höflichkeit zur Verlogenheit und zum Zerkulismus wird, es gibt Situationen, in denen nichts anderes übrig bleibt, als der Stupe die Schellen umzubringen und auf große Höhe große Schritte zu setzen. Selbst, daß in solchen Fällen, die von den Massen stets gebührend gewürdigt werden, gerade unsere Zunft die Hände über dem Kopf zusammenschlagen — sie, die vollkommenen Beherrscher des Stallsorgens und der preussischen Kaiserhofkammer, dieser edelsten Mütter unparlamentarischer Hochkultur.

Doch der scheinbare Widerspruch läßt sich sehr leicht aufz. Vermerken, wie die Zunft nun einmal sind, finden sie gar nichts weiter dabei, wenn ein Gutachten einer Arbeiterin alle Zeh oder ein Unteroffizier einen Rekruten krummes Käs tituliert. Sich gegen Bekleidungen in den größten unparlamentarischen Ausdrücken zu ergeben, gehört zum guten Ton. Wehe aber, wenn die Vertreter der Unterdritten in Worten von berechtigt Schärfe Anklage gegen das herrschende System und seine Rekruten erheben, dann sind auf einmal die guten Sitten bedroht und mit ihnen der Parlamentarismus.

Der Parlamentarismus ist nun aber einmal dazu da, den Stimmungen der Massen Ausdruck zu geben, und da diese Stimmungen nicht immer ruhig sind, kann es auch an scharfen Worten nicht fehlen. Mit dem Junferturn wird sich das Proletariat nie über den Parlamentarismus verständig können, hier gilt das Wort: Was ihn dir widrig macht, macht mir ihn wert!

## Politische Rundschau.

Hüftringen, 7. Juni.

### Das einzige Mittel, das noch helfen kann.

In der Gasse der Großindustrie wird mit verstärktem Eifer für ein Zuchtstausgesetz Propaganda gemacht. Die gemaltete Melodie, die im Reichstag das Können der Konventionen abwieh, schreit die Schwarzfärbung nicht; steter Tropfen höhlt den Stein, liegen sie sich, und lassen nicht Ruhe, bis die Regierung selbst dem Drängen nachgibt. Ein Industrieller schreibt der „Reinisch-Weltischen Zeitung“:

„Der Herr Staatssekretär des Reichsamt des Innern mag sich sperren und streuben wie er will; er wird die Zäufse nicht aus der Welt schaffen können, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit eines verstärkten Arbeitswillensgesetzes auf dem Wege des Fortschritts macht. Die Erfahrungen, die der Ruhrstreik gebracht hat, haben wirklich alle, die etwa nicht selbst waren, die Augen öffnen müssen. Ganz abgesehen davon, daß die Entfennung von Württemberg in das Streikgebiet, die immer etwas Rückwärts hat, bei genügendem gesetzlichen Schutz der Arbeitswilligen voraussetzlich nicht erforderlich gewesen wäre, die wegen Streikvergehen verfürgten Strafen reden eine überaus erste Sprache. Mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches ist der Arbeiter nicht vertraut. In vielen Fällen sind sich die Streikenden der Schärfe ihrer Vergehen kaum bewußt gewesen. Ganz anders, wenn ein kurzes, allgemein verständliches Gesetz vorhanden ist, von seinem Dolein und seiner Bedeutung wird auch der einfachste Arbeiter Kenntnis haben können, und das allein wird zumeist genügen, die Arbeiter von Ausschreitungen abzuhalten, die ihnen die Streikleitung nahegelegt oder gar anempfehlte.“

Das ist so einleuchtend, daß man sich gar nicht wundern kann, wenn seitdem eine Gesetzgebung zum Schutze der Arbeitswilligen beinahe als das einzige Mittel betrachtet wird, das noch eine Besserung der gegenwärtigen unertöglischen Zustände zu bringen vermag. Eine so umfassende Bedeutung hat ein Arbeitswilligenlawegeset nicht, aber es muß doch zu denken geben, daß das preussische Herrenhaus erneut und dringlich den Erlaß eines solchen Gesetzes befürwortet hat, daß unter denen, die in der ersten Kammer des Landtages für einen verstärkten Schutz der Arbeitswilligen eingetreten sind, auch der Rektor der deutschen Volkswirtschaftslehre, der Begründer und erste Vertreter der wissenschaftlichen Lehre vom Staatssozialismus Professor Adolf Wagner sich befindet.

Die christlichen Gewerkschaften der nationalen und der evangelischen Arbeitervereine stehen samt und sonders auf dem Boden der Forderung, daß ein verstärkter Schutz der Arbeitswilligen unerlässlich ist.

Es handelt sich in diesem Schrei nach einem Justizhausgesetz um die Stimme eines einzelnen Schornadlers, aber man darf die Gefahr trotzdem nicht unterschätzen. Es liegt in dieser Propaganda, die ununterbrochen reger ist. Dazu kommt, daß sich Bethmann-Hollweg leinertzeit selbst

für „verstärkten Arbeitswilligen“ ausgesprochen und daß das Zentrum sich diesem im Reichstag nur deshalb gegen den konservativen Antrag wandte, weil er nicht sofort realisierbar erschien. Das Zentrum hütel sich, unvorigerweife Agitationsstoffe gegen sich zu häufen; wird die Frage des sogenannten Arbeitswilligengesetzes einmal brennend, wird niemand energischer die schärfmörderischen Pläne unterstützen als das Zentrum.

## Deutsches Reich.

Ein Wahlrecht für Deutsch-Südwestafrika. In den letzten Tagen hielt die Deutsche Kolonialgesellschaft ihre Hauptversammlung in Hamburg ab. Am letzten Verhandlungstage kam u. a. ein Antrag der Abteilung Braunschweig zur Verhandlung, der wünschte, daß den in den Schutzgebieten bestehenden Vereinen der Gouverneure ein gewisses Begutachtungsrecht für die dem Reichstage zu unterbreitenden Kolonialrats und -Gesetze eingeräumt werde. Der Antrag wünschte aber auch eine Wahlreform für den Landestag von Deutsch-Südwestafrika insofern, daß ein Drittel der Mitglieder vom Gouverneur ernannt, ein Drittel aus berufsständischen Wahlen und ein Drittel nur aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehen mögen. Selbst dieses bescheidene Verlangen, das umso beschwerlicher ist, als der Landestag nur beratend, nicht aber beschließend Stimme hat, ging dem Auspruch der Deutschen Kolonialgesellschaft zu weit und die Abteilung Braunschweig ließ sich dadurch beeinflussen, das Verlangen nach diesem geringen Allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zurückzuziehen!

Die positiv arbeitende Sozialdemokratie. Eines der Mitglieder des Propaganda-Ausschusses für Groß-Berlin, Dr. Werner-Bogmann zieht in einem Aufsatz, der in verlebtenen Hältern erscheint, eine Parallele zwischen der Schöpfung eines Groß-Berlin und der Einigung des Deutschen Reichs, und er meint, daß auch das neue Rommualgebilde sich auf dem Boden des Allgemeinen und direkten Wahlrechts (hoffentlich ist das gemeine und gleiche nicht abschließend weggelassen) aufbauen müsse. Am interessantesten aber ist seine Ansicht über die Rolle, die der Sozialdemokratie bei einem solchen „Groß-Berlin“ zufällt:

Die Regierung wird ihre Bedenken gegen die sozialdemokratischen Begehren, die denotig, aus allgemeinen Wahlrecht hervorgehende Wahlen bringen könnten, um so schneller beseitigt sehen können, je mehr sie sieht, daß sie bei ihren ungeschicklich orientierten Bestrebungen auf dem Gebiete der Bauverordnungen und des Wohnungswesens, denen sich sehr bald ähnliche Bestrebungen auf dem Gebiete des Verkehrs, der Freizeitsachen und des Versicherungswesens, denen sich sehr bald ähnliche Bestrebungen auf dem Gebiete des Verkehrs, der Freizeitsachen und des Wohnungs- und Versicherungswesens anreihen müssen, viel weniger Widerstände bei den Sozialdemokraten als bei den Grundbesitzerparlamenten findet. Wer heute als Unparteilicher mit Vertretern der Regierung über die Möglichkeit spricht, sozialpolitische Forderungen namentlich auf dem Gebiete des Städtebaus her den Kommunen durchzusetzen, wird es geradezu komisch finden müssen, mit welcher Verhütung er darauf hingewiesen wird, daß in der Sozialdemokratie gänzlich zuverlässige Förderer der geforderten Maßregeln vorhanden seien.

Das ist das richtige Wort: „er wird es geradezu komisch finden müssen“, denn zu dem, was die Vertreter der Regierung in der Unterhaltung tun, haben die Tiraden, mit denen sie vor das Forum der Parlamente treten, in föhrendem Widerspruch. Hier wird zum Kampf gegen die Sozialdemokratie geblieben, deren wertvolle positive Arbeit in der Sozialreform im stillen Kämmerlein anerkannt wird. In der Öffentlichkeit werden die als bedenkliche und unwürdige Elemente gebraucht, ohne deren Mitwirkung nicht nur in der Kommune, sondern auch im Staate monche Maßregel unangeführt bliebe, die auch von den staatlichen und städtischen Behörden als im Interesse des Gemeinwohls liegend erkannt wird, zu der oder der Zustimmung der „Staatsverwalter“ fehlt.

Die geborenen Gesetzgeber. Zu unseren geistigen Mitteilungen über die Ebführung unserer Gesellen in Reich wird uns noch gemeldet: Am reichlichen Landtage hat nach der Verlesung des Jahresberichts der jeweilige Inhaber des Lebens Reich-Königrich Sig und Stimme. Da das Leben erblich ist, geht beim Tode des Lebensinhabers der Landtagessig stets auf den ältesten Sohn über. Das Landtagessig schreift nun aber für die Abgeordneten ein Mindestalter von 25 Jahren vor. Dieses Mindestalter hat der gegenwärtige Lebensinhaber noch nicht erreicht und deshalb wollte, wie erinnerlich, die reichliche Regierung im Landtage durchsehen, daß für ihn ein Vertreter im Landtage Sig und Stimme bekomme. Dieses Bestreben wurde durch die Ebführung der Sozialdemokraten vereitelt und die Regierung

hat nun erklärt, daß die Vorchrift über das Alter nur für die gewöhnlichen Abgeordneten Geltung habe, nicht aber für ein erbliches Mitglied des Parlaments. Hier genüge es, wenn dieses Mitglied mündig sei, und deshalb werde man dem gegenwärtigen Fürsten von Neuchâtel in den Landtag einberufen.

Ob der Fürst auch das nötige Verständnis für die Aufgaben hat, die im Landtage auf ihn übertragen, bleibt völlig außer Betracht, denn er ist geborener Gesetzgeber und die bürgerlichen Parteien empfinden es als einander schon als ein gewisses Entgegenkommen, daß die Regierung wenigstens an dem Erfordernis der Mündigkeit festhält.

**Von der Essener Polizei.** Die Enthaltungen über die Essener Polizeireorganisation lagen sich. Soeben wird eine neue Geschichte bekannt, die die Essener Polizeizustände prächtig illustriert. Als man seiner Zeit im Büro des Transportarbeiterverbandes jene Hausdurchsuchung abbildete, die zur Beschlagnahme der Mitgliederlisten führte, gab die Polizei vor, die Hausdurchsuchung erfolgte auf Veranlassung der Duisburger Gerichtsbehörden und habe den Zweck, nach den Urhebern einer angeblich beleidigenden Illustrierten Volkspartei zu suchen.

Kann man bei der Verantwortlichkeit der Duisburger Gerichtsbehörden eine Beschlagnahme beim Transportarbeiterverband nicht verflucht werden ist. Vielmehr haben die Beamten der Essener politischen Polizei beim dortigen Amtsgericht die Beschlagnahme aller Geschäftsbücher beim Transportarbeiterverband beantragt und durchgeführt, ohne daß sie Auftrag oder Ermächtigung von den Duisburger Behörden hatten. Angewandt war nur eine Beschlagnahme von Geschäftsbüchern der Essener „Arbeiter-Zeitung“. Aus alledem ist klar ersichtlich, daß die Beamten der politischen Polizei es garnicht auf die Ermittlung des Urhebers der Volkspartei, sondern auf die Erlangung von Mitgliederlisten abgesehen hatten, und die Begründung zur Veranlassung einer Hausdurchsuchung unter solchem Vorwand ersichtlich war. Tatsächlich ist dann von der politischen Polizei mit dem so erlangten Material der von vornherein beabsichtigte schwere Amtsmissbrauch getrieben worden.

Die Listen der Essener politischen Polizei werden übrigens noch jahrelang die Deffenlichkeit beschäftigen. Zur Zeit schwer in Rattenfängen von Beschwerden bei Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, Strafverfahren und Schadensersatzklagen usw., wozu ein Ende garnicht abzusehen ist, und schwerwiegende Enthaltungen über das Zusammenarbeiten von Polizei und Staatskapital noch zu erwarten ist.

Zu einer Plamage für die „nationalen“ Arbeiterorganisationen in Leipzig gestaltete sich eine Schöffengerichtsverhandlung gegen den ehemaligen „nationalen“ Sekretär Hugo Bünzel, der seinerzeit wegen Antisemitismus eine Gefängnisstrafe erhielt und dadurch sein Stadtverordnetenmandat einbüßte. Die ehemaligen Freunde Bünzels bezichtigten ihn der Unterschlagung in drei Fällen. Er mußte aber freigesprochen werden. Indessen blieb er wegen Betrugs hängen und wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, weil er eine Firma durch die Vortäuschung der falschen Tatloche, er sei noch Sekretär, betrogen hatte, ihm einen Posten verschaffte für die Arbeiter des Betriebes abzuwehnen. Die Verhandlung zeigte, mit welcher Nachsicht der ehemalige nationale Kapitän vor seinen früheren Freunden verfocht wird. Der Chef der „nationalen“ Arbeiter, der Reichstagsabgeordnete Jund, blieb im Hintergrund. Er hatte dem Sekretär ganze 1800 Mark Gehalt gewährt. Für diesen horrenden Lohn ließ er Bünzel für sich agieren und Geld zusammenstellen. Nach die Würde und die Geldausgaben, die ein Stadtverordnetenmandat mit sich bringt, mußte Bünzel für die „nationalen“ Sache der Jund und Genossen auf sich nehmen. Bünzel behauptete, daß er noch 700 Mk. zu bekommen habe, ebenso erklärte ein Buchdruckermeister, daß er noch ein Guthaben von 603 Mk. habe. Aber die nationalen Herrschaften erkennen diese Forderungen nicht an!

**Belgien.**

Zur Wahlbewegung. Ueber die Sitzung des Vorstandes der belgischen Arbeiterpartei, über die wir gestern berichteten, wird uns noch gefachtet. Nach vierstündiger Beratung wurde einstimmig beschlossen, ein Manifest zu erstellen und in einem Teil von Ballonen begangenen Generalstreiks einzuschließen. Die Forderung wird beauftragt, einen Gesetzesvorschlag beim Zusammenritt der Kammer einzubringen, der die Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts verlangt. Der Parteivorstand entläßt Mitglieder in die Provinzen, welche der vereinten Arbeiterchaft die Lage klar machen und sie auffordern sollen, ihre Kräfte bis zum richtigen Augenblick zu sparen. Den bei den Unruhen in Lüttich, Verdree und Brügge gefallenen Opfern wird die Partei ein ehrenvolles Begräbnis veranstalten; alle Gruppen werden aufgefordert, Delegierte zu dem Begräbnis zu schicken. Am 30. Juni findet ein außerordentlicher Parteifengreß statt, der über die weiteren Aktionen Beschlüsse fassen soll.

Das Manifest des Parteivorstandes hat folgenden Wortlaut:

„An die sozialistischen Arbeiter! Nicht ohne Ergriffenheit hat der Generatrat der Arbeiterpartei von den verschiedenen Vereinfachungen Kenntnis genommen, die in den verschiedenen Landesteilen spontan veranlaßt worden sind. Tatsächlich kannte die Arbeiterklasse das Urteil des Mehrstimmigenkörpers nicht ohne Empörung hinnehmen. Aber man darf sich nicht trüger Aufgeschlossenheit oder der Wut mit Verzweiflungsausbrüchen hingeben. Der zweite Juni, der für die Demokratie eine große Enttäuschung bedeutet, bleibt nicht unbefangener bei sorgfamer Prüfung sehr zufriedenstellend vom sozialistischen Standpunkt. Was das allgemeine Stimmrecht angeht, so erscheint es mehr denn je, daß notwendige Abhilfsmittel gegen die Fälschungen und Ungerechtigkeiten, welche die Kombination des Mehrstimmensystems mit einer vorgelächelten und unanständigen Verhältnisverteilung mit sich bringt.

Seit der Eröffnung der Kammer wird die sozialistische Kammerfraktion neue Anträge auf Verfassungsrevision

einbringen. Für den 30. Juni wird ein außerordentlicher Parteitag einberufen, um über die wirksamsten Mittel zu beraten, damit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht zum Siege verholfen werde.

Wir erlauben Euch, zur Tagesordnung des Kongresses Stellung zu nehmen, damit in seinen Beschlüssen die einheitliche Wille der gesamten Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt, und deren Durchführung mit allen Kräften und in strenger Disziplin erfolgen kann.“

Was hat die Eure Begeisterung nicht abkühlen, bereitet Euch darauf vor, Eure Vertreter im Parlament in ihrem Kampfe um die politische Gleichberechtigung mit allen Kräften zu unterstützen. Gleichzeitig aber mahnen wir Euch im eigenen Interesse unserer guten Sache: Verliert nicht Eure Kaltblütigkeit, erinnert Euch an Vortrait: laßt Revolutionen, sie mögen kommen, woher immer sie wollen, unbeachtet; hütet Euch, die Töche der Reaktion zu fördern, die nur zu gern unter Bewegung im Blute ertrinken möchte.

Der Wille der Majorität des Landes ist durch die Privilegierten des Wahlrechts getrübt worden. Wir schwören, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis wir das gleiche Wahlrecht errungen haben.

Der Generatrat der Arbeiterpartei.“

Der Bürgermeister von Brüssel erließ ausdrücklich ein Verbot aller Annehmlichkeiten und Konstellationen auf der Straße, weil angeblich in zwei Vorhöfen Attentate auf Stürzen verübt werden könnten. In Brüssel Parteileiter vermutet nun, daß die Ballonier nicht ruhig bleiben werden, da in diesem Teil des Landes die Antiklerikalen Treibeier der Bevölkerung ausmachen.

**Rußland.**

Des Putjaren persönliches Regiment. Jar Nikolow II. hat es gerne, seine „getreuen Untertanen“ von Zeit zu Zeit recht heuliche Reden über die wahre Natur der russischen Schimerfalschung zu erteilen. Jwar nicht es auch den ministeriellen Handlangern des Jaren mit ihrer Unterdrückungs- und Ausplünderungspolitik nicht, den mahnen Kern dieses barbarischen und schändlichsten aller Regierungssysteme zu verurteilen, doch bleibt es dem Jaren vorbehalten, durch seine „höchsten eigenen“ Aktionen das Bild der russischen Schandwirtschaft zu vollenden und jeden Zweifel an ihren wahren Charakter zu beheben. Heute ist es die Begründung der ecktruffischen Worbrenner und Bogromisten, der besonderen Schillinge des Jaren, morgen — die Begründung eines Polizeioffiziers, der zwei alte jüdische Kaufleute menschenwürdig niedergestochen hat, übermorgen die Begründung einer oder die Begründung irgendeiner ecktruffischen Dalkunnen und Verreders. Immer und überall bleibt sich der blutbedielte Erziehung der Polstein-Romanows, der Freund Kaputjins und Dubrowins treu und verdammt es nicht, dem russischen Volke wie der gesamten Kulturwelt die freudigen Herausforderungen und Schmänungen ins Gesicht zu schleudern.

Reuendings laßt eine besondere Aktion des Jaren die Aufmerksamkeit auf diese Vorgänge. Der Jar hat dem Führer der schwarzen Hunderte Kurdischkeit, einem der verächtlichsten und dummsgigigen Subjekte aus dem Lager der Reaktion, dessen Name nicht nur in Ausland als Symbol alles Volksfeindlichen, Gefährlichen, Verderberischen angesehen wird, als Zeichen seiner besonderen Gnade sein Bild im Rahmen nebst „eigenhändigen“ Unterschrift verliehen. Kurdischkeit selbst legt die Mittelwelt von diesem Ereignis in Kenntnis, und die offiziöse Petersburger Telegraphenagentur beiligt sich, den Wortlaut dieses Telegramms zu verbreiten. Auf dem gegenwärtig laufenden Kongreß der ecktruffischen Leute hat diese Auszeichnung eines ihrer Führer stürmischen Beifall ausgesetzt. — Ein Effect, den der Jar wohl mit ins Auge gefaßt hatte.

Politische Reigen. Für das nächste Jahr ist die Vereinfachung des Gesetzes-Organisationsgesetzes vorgesehen. Die Verpflichtungen sollen dann den Gesetzgebungsorganen noch einmal vorgestellt und unterstellt werden, und die doppelte Unterstellung vor der Enquete- und Oberprüfungscommission wird in Fortfall kommen; die endgültige Entscheidung für die Zulässigkeit wird sofort getroffen. — Der Kaiser z. E. II., der Präsident des russischen Abgeordnetenheutes, tritt auf seinem Schloß Bernburg in Thüringen am Sonnabend einen schweren Schlaganfall und lag noch am Donnerstag bewußlos. Es soll keine Hoffnung auf seine Wiederherstellung vorhanden sein. — Der Oberpostamt betreffend die Unfallversicherung bei Arbeiten, die freiwillig zur Errettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden, ist lautstark gebildet, daß er demnächst dem Bundesrat zugehen wird. — Bei der vielmehrnamigen Handwerkerkonferenz, die im Reichsamt des Innern stattfand, ist garischts herausgekommen. Es soll die Schaffung einer einheitlichen Anstalt als nötig für solche Fragen angesehen worden sein, welche Wunsch natürlich noch lange nicht erfüllt werden wird. — In der zweiten Kammer Württembergs wurde nach umfangreichen Debatten über die Vereinfachung der Staatsverwaltung mit 47 gegen 38 Stimmen beschlossen, die vier Kreisverwaltungen aufzuheben. Die Geschäfte dieser Mittelinstanzen sollen teils auf die Bezirksbehörden, teils auf die Ministerialabteilungen übergehen. — In Spanien ist, wie schon gestern gemeldet, Infolge der Generalstreik erklärt worden. — Bei den Prämienwahlen hat Roosevelt die Stimmen der zehn Delegierten von South Dakota für sich gewonnen. — Nach einer Meldung aus Habana sind 450 amerikanischen Marineinfanteristen auf Cuba gelandet worden und haben den Vornamich auf Quantanamo angetreten. — Die heilige spanische Reichstags erklärt, daß die Werbung einiger Wähler, in Barcelona sei die Gewalt ausgebrochen, jeder Begründung entbehre. — Der portugiesische Ministerpräsident hat dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts ermöglicht überreicht. — Die russische Reichsдума hat einen Gesetzentwurf über die Zulassung von Frauen zur Rechtsanwaltschaft angenommen.

**Parteinachrichten.**

Zus Ende einer liberalen Verleumdung. Während des letzten Reichstagswahlkampfes erschien in der „Liberalen Korrespondenz“ ein Artikel, den der Redakteur des freisinnigen „Berliner Tageblatts“, Erich Tombrowski, unterzeichnet hatte und der die schwersten Angriffe gegen die sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder von Gera und den Vorortern Gera enthielt. Der Artikel machte die Kunde durch die bürgerliche Presse und er wurde auch vom Reichsver-

bande aufgegriffen und ausgenüßt. Unter Verort Vortblatt, die „Reichliche Tribune“, wies die Agriffe sofort zurück und forderte den Verfasser des Artikels mehrfach auf, öffentlich mit Gemeinen zu dienen, andernfalls er als politischer Verbrecher gelten sollte. Tombrowski stellte gegen die Verantwortlichen Redakteur der „Reichlichen Tribune“, Genossen Treidler, Strafantrag. Das Schöffengericht zu Gera verurteilte Treidler zu 700 Mark Geldstrafe, während die liberale Treidler als damaliger Vorsitzender des Gemeinderats zu Delikt vom Gericht abgelehnt wurde.

Gegen das Urteil legten beide Parteien Berufung ein, die jetzt vor dem Landgericht Gera zur Verhandlung kam. Die Strafkammer hob das Urteil der Berufung auf und legte die Strafe für Treidler von 700 auf 300 Mark herab. Der Widerbeklagte Tombrowski wurde ebenfalls der Beladigung für schuldig, aber für straflos erklärt; er hat jedoch ein Fünftel der Kosten der zweiten Instanz zu tragen.

An der Begründung des Urteils sprach das Gericht aus, die Beisatznahme habe ergeben, daß der Artikel Tombrowski Verleumdungen, Liebererungen und Unrichtigkeiten enthalte; es sei aber nicht erwiesen, daß Tombrowski wider besseres Wissen gehandelt habe. Für die Behauptung Tombrowski, die Gemeinderäte in den Vororten genehmigten nur, was ihnen passe, und eliminierten alles, habe er den Wahrheitsbeweis nicht erbringen können; trotzdem habe das Gericht den Widerbeklagten für straflos erklärt, da es annehme, Tombrowski sei sich über die Tragweite seiner Behauptung im Augenblick nicht klar gewesen.

Nach diesem Urteil wird den Gegnern wohl die Luft vergehen, das Material Tombrowski als „Kulturbeispiel sozialdemokratischer Würgerschaft“ zu zitieren.

**Soziales.**

Häufigen, 7. Juni.

**Dalbjahresbericht über die Organisation und Tätigkeit des Städtischen Bauamts Häufigen.**

III. Die zur Ausführung gelangten Arbeiten im städtischen Bauamt.

Vom 1. Oktober 1911 bis April 1912 fanden im städtischen Bauamt nachfolgende Projekte zur Bearbeitung:

a) Hochbauamt. Drei Vorschläge für die Ausgestaltung des Rathhausplatzes in Bant, Entwürfe und Detailpläne im Maßstab 1 : 50, 1 : 10 und 1 : 1 für das zur Ausführung bestimmte Projekt. Ausgestaltung und Umgestaltung des Friedhofes an der Werkstraße zu einer Platzanlage unter Abänderung des bestehenden Bebauungsplanes. Entwurfsentwurf für einen Bebauungsplan zu dem Gebietsteil Bant zwischen der Wilhelmshöfener und Bismardstraße. Drei Projektionsvorläufe für die Verlegung des Wilhelmshöfener Bahnhofes mit angelegtem Verkehr. Lageplan für den Bau einer Garnisonkirche in Heppens zwischen Mühlenweg und Kirchreihe. Lageplan und Entwurf von Luthenhäusern für die Kleinwohnungszone am südlichen Stadtpark. Entwurf eines Vorhofes für die Abänderung des Bebauungsplanes für das städtische Gelände bei der Willenskolonie in Heppens mit Entwurf von Typen für ein Reihenhaus und Einzelhaus. Abänderung des städtischen Bebauungsplanes und Lagepläne für drei Rathhausprojekte nebst den übrigen Zentralanlagen, wie Kronenhaus, Schulen usw. Eine Etage für die gärtnerische Gestaltung des Stadtparkes und Entwurf zu dem Vorhoflag auf Verbreiterung der Wilhelmshöfener Straße durch Anlage von Kolonaden. Straßenprofile und Platzanlage bei der 16-stufigen Volksschule. Entwurf von Straßenprofilen für die Kopferdörfer Straße, Kopperdörfer Weg, für die Friedreuterstraße, Kirchreihe, Schulstraße, Holtermannstraße, Klinkenhof Weg, für die Straße der Kleinwohnungszone bei dem Ringenischen Gelände des Hauses Wilhelmshöfener Straße 5 zu einem Sparkassenlokal, nebst Zeichnungen und Detailpläne für Möbel, Beleuchtungsgegenstände usw. Entwurf und Detailpläne für die innere Einrichtung der Strandhalle. Entwurf für den Neubau eines Krematoriums an der Friedhofeshalle in Aldenburg. Entwurf eines selbständigen Krematoriums auf dem Friedhof in Schaar. Entwurf für die äußere Gestaltung der städtischen Straßenbahnwagen, der Wagen, Sockel usw. Entwürfe und Detailpläne für Möbel, für sämtliche städtische Schulen, Rathhäuser usw. Entwurf einer Markthalle und Ausgestaltung des Marktplatzes in Bant. Entwurf und Umbauzeichnungen für das Haus Bismardstraße 9 nebst Zeichnungen und Detailpläne für Bureaueinrichtungen für das Zimmer des Stadtschreibers, Sitzungszimmer, Schulbureau usw. Entwurf eines Familienbures für das Wollwerk in Moorhausen. Entwurf zur städtebaulichen Ausgestaltung des Pulverhofes in Heppens. Entwurf von Trinkbrunnen für sämtliche Schulen, Abänderungsvorschlag für den Bebauungsplan zwischen Fischstraße und Friedhofstraße. Entwurf und Detailpläne eines Rathhauses auf dem Rathhausplatz in Bant.

Unter dem Titel „Vorbereitungen“ sind umfangreiche Projektionsarbeiten ausgefertigt worden. Es sind Abänderungsvorschläge für Hofsdän großer Mietshäuser gemacht worden. Weiter sind Vorschläge für die ästhetische Gestaltung von Wadenausbauten in der Wilhelmshöfener Straße, Klinkerstraße, Bremer Straße, Bismardstraße, Grenzstraße, Mühlenweg und andere mehr gemacht worden. Es sind Abänderungsvorschläge für die Wohnhäuser der Kolonie Sieberhsburg angefertigt worden. An außerdem sind Korrekturen für die Einfamilienhäuser in Schaar, Reuengroden, Genossenschaftsstraße und Blumenstraße angefertigt worden; ferner sind Korrekturen für Baueinfriedigungen, Zäune usw. gemacht worden. Die Arbeiten in der Abteilung Vorbereitungen haben insofern große Ansprüche an Zeit und Arbeitskraft gestellt, als die einzelnen Vorschläge nach dem Verlauf der Unterhandlungen mit den Interessenten zwei- und dreimal abgeändert und neu bearbeitet werden mußten.





**Adler Theater**  
 Heute Freitag  
 Zum letzten Male  
**Das Muffikantenmädels**  
 Sonnabend  
 und folgende Tage:  
 Neu! Neuheit! Neu!  
**Die moderne Eva.**  
 Straußer Operettenspieler  
 von Jean Gilbert.  
 Romantik der Operette „Die  
 heilige Salome“, heimliche  
 „Witchhats“ usw.  
 In Berlin, Hamburg, Leipzig,  
**Bombenerfolg.**  
 Gleichzeitig Debut des Tenors  
**Hans Joachim Faber**  
 vom Jüdischen Theater zu  
 Sandeshausen.  
 Sonntag nachmittag:  
**Vorstellung**  
 zu kleinen Preisen.  
**Moderne Dienstboten.**  
 Rollen ohne Ende.

Sollte meinen großen  
**Breakwagen u. Landauer**  
 für Waschtügel bestens  
 empfohlen.

With. Maes, Rüstringen,  
 Fortifikationsstr. 3.

**Kinderwagen**  
**Sportwagen:**  
**Leiterwagen**  
 in jeder Hinsicht zu billigsten Preisen  
 — erprobt —  
**Friz Volers, Marktstrasse 23.**  
 Gröfzestahl 1. Saale- u. Stalpoferstr. Markt 14.

**Neu angefangt!**

Wollen getrag. Herrenmäntel von  
 von 8 Mk. an.  
 Wollen getrag. Hosen von 2 Mk. an.  
 Wollen getrag. Herren-Jackets von  
 2,50 Mk. an.  
 Wollen getrag. Damenblusen von  
 20 Pf. an.  
 Wollen getrag. Kollimieder v. 1,30 an  
 und Liniens bis nicht genannte  
 Gegenstände. Zusammenbill. Verle  
**Ch. Schönwetter,**  
 Wilhelmshavener Str. 49.

**Empfehle**  
 prima  
**Füllentuch**  
 sowie schönes  
 Nagelholz.

**Glanzen, Robbinthierei**  
 Rüstringen, Weidmstr. 24.

Das beste **Zahnweh** ist und  
 gegen **bleibt**  
**Agrol** zu haben in Wilhelmshaven in d. Drogerie  
 R. Lehmann, Bismarck-  
 strasse 16 Ecke Müllerstr., Burg-  
 Drogerie, Marktstr. 45, Otto Zoh, Bismarckstr. 20, Drogerie-Schmidt  
 Roststr.; in Hbstr. R. Lehmann,  
 Germania-Drogerie, Gökstr. 28,  
 H. Bruchhausen, Zentr.-Drogerie,  
 Wilhelmsh. Str. 30, R. Lehmann,  
 Drogerie z. v. Kreuz.

**Zu Ausflügen**  
 halte Vereben usw. meinen  
**Breakwagen**  
 26 Pf. soll. bestens empfohlen.  
 Rüstringen.  
**W. Lange** Markstrasse 47.  
 Telefon 228.

**Fahrrad**  
 soll sein, billig zu ver-  
 kaufen. Rüstringen.  
 Weidstr. 10, im Laden.

# Morgen, Sonnabend früh

beginnen wir  
 zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen  
 mit dem Verkauf grosser Posten

# Wäsche, Schürzen, Strümpfe

Korsetts, Bettwäsche und anderer Artikel.

Es liegen aus:

**Damenwäsche**

Damenhemden, gute Qualität . . .	0.95 u. 1.25 Mk.
Damenhemden, eleg. Ia. Qual. . . .	1.45 Mk.
Damenhosen, gute Qualität . . . .	0.95 u. 1.25 Mk.
Damenhosen mit eleg. Stickereien .	1.45 Mk.
Kniehosen, eleg. verarbeitet . . . .	1.25 u. 1.45 Mk.
Nachtjacken . . . . .	1.10 u. 1.45 Mk.

**Unterröcke**

Weisse Anstandsröcke . . . . .	1.10 Mk.
Weisse Stickerröcke . . . . .	1.25 u. 1.50 Mk.
Eleg. weisse Stickerröcke . . . . .	2.90 u. 3.80 Mk.
Waschstoffröcke . . . . .	1.10 u. 1.65 Mk.
Alpaca- und Leinerröcke . . . . .	2.20 u. 2.90 Mk.
Eleg. Tuchröcke . . . . .	2.20 u. 2.85 Mk.

**Schürzen**

Hauschürzen, sehr breit . . . . .	0.58 Mk.
Blusenschürzen, beste Stoffe . . . .	0.95 u. 1.10 Mk.
Blusenschürzen, sparte Macharten .	1.25 u. 1.40 Mk.
Herrenschürzen, Ia. Qualität . . . .	0.65 Mk.
Kinderschürzen mit Falten-Volant .	0.95 Mk.
Tändelschürzen m. Tr. weiss u. farb. .	0.85 u. 1.10 Mk.

**Bettwäsche**

Weisse Bettbezüge . . . . .	1.95 u. 2.20 Mk.
Farbige Bettbezüge . . . . .	1.90 u. 2.40 Mk.
Posten Kissenbezüge, genähte Zacken	0.48 Mk.
Posten Kissenbezüge, mit Durchsatz .	0.58 Mk.
Posten Kissenbezüge, festnäht . . . .	0.84 Mk.
Wagen-Kissenbezüge m. eleg. Stickerei	0.58 Mk.

**Strümpfe**

Baumw. Damenstrümpfe, schw. u. br. .	45 u. 58 Pf.
Damenstrümpfe, bek. reissw. Qual. . .	90 Pf.
Kinderstrümpfe, schwarz u. braun, beginnend	33 Pf.
Herrensocken, gran . . . . .	27, 33 u. 38 Pf.
Herrensocken, schwarz u. braun . . . .	48 u. 58 Pf.
Posten Kindersocken . . . . .	25 Pf.

**Diverse Waren**

1 Posten Küchenhandtücher . . . . .	15 Pf.
1 Posten Handtücher, prachtl. Qual., extra lang	29 Pf.
1 Posten schwere Handtuchstoffe . . . .	29 Pf.
1 Posten Tischtücher, vollständig gross .	95 Pf.
1 Posten Kaffeedecken . . . . .	110 Pf.
1 Posten Frotteerhandtücher . . . . .	48 Pf.

Bei unserem Extra-Verkauf handelt es sich um gute, auf das sauberste verarbeitete Waren, welche wir dadurch, dass solche grösstenteils von Gelegenheitskäufen herrühren, vielfach unter Herstellungspreis zum Verkauf zu bringen in der Lage sind.

# Strauss & Co.

**Neuenburger Hof**  
 2. Jacobs Str., Inh.: Gebr. Jacobs.  
 Kulturort Neuenburg am Havel.  
 Direkt am Bahnhof. Telefon Nr. 47.  
 Großer Saal (400 Personen fassend), Veranda, zwei Regalbahnen,  
 schöner großer Garten mit herrlichen Parkanlagen.  
 Bei gehörem Vereinen und Schulen vorzügliche Vermeidung erbeten.

**Waldschenke Schooff.**  
 Ca. 40 Minuten vom Bahnhof Otten und Feldmühle,  
 direkt am Ufer des Buhse gelegen.  
 Schöner Garten mit Rinderbaltungs-Becken u. Regalbahnen. Saal  
 mit Orchesterlokal, Stalung für Pferde. Allen Ausflüglern, Touristen  
 und Schülern bestens empfohlen.  
**J. Wagner.**

# B. v. d. Ecken, Wilhelmshaven, Bismarckstrasse 97 Rüstringen, Wilhelmshav. Strasse 32

- Hemdentuche**  
 Marke Hausmarke  
 10 Meter . . 2.90 Mk.  
 Marke Hansa  
 10 Meter . . 3.75 Mk.  
 Marke Rekord  
 10 Meter . . 4.00 Mk.  
 Marke Elsass  
 10 Meter . . 5.10 Mk.  
 Nur bewährte Qualitäten!

Vom Sonnabend den 8.  
 bis Mittwoch den 12. Juni  
 stelle ich einen grossen  
 Posten meiner bekannt  
 :: guten Qualitäten ::  
**Hemdentuche**  
 sowie  
**Madapolam-Stickereien**  
 zu aussergewöhnlich  
 :: billigen ::  
 Preisen zum Verkauf.  
 Mit Posten Reste,  
 sowie klein. Coupons  
**Stickereien** spottbillig!

- „Stickereien“**  
 Serie A 2 1/2-4 cm breit  
 4 1/2 Meter . 0.70 Mk.  
 Serie B 3-5 1/2 cm breit  
 4 1/2 Meter . 1.05 Mk.  
 Serie C 4-7 cm breit  
 4 1/2 Meter . 1.40 Mk.  
 Serie D 6 1/2-8 cm breit  
 4 1/2 Meter . 1.85 Mk.  
 Aussergewöhnlich billig!!

# B. v. d. Ecken, Wilhelmshaven, Bismarckstrasse 97 Rüstringen, Wilhelmshav. Strasse 32

**Verband der**  
**Gemeinde- u. Staatsarbeiter**  
 Filiale Rüstringen-Wilhelmsh.  
 Sonnabend den 8. Juni,  
 abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 bei Gattverwand.  
 — Tagesordnung: —  
 I. a. Vortrag des Kollegen E.  
 Wiedemann, Berlin.  
 Das Gekündete Kündliche Mit-  
 glieder ist dringend notwendig.  
 Der Vorstand.

**Bürgerverein Bant.**  
 Sonnabend den 8. Juni cr.,  
 abends 8.30 Uhr:  
**Versammlung**  
 im Vereinslokal Eden.  
 Tagesordnung:  
 1. Hebung der Beiträge und  
 Aufnahme neuer Mitglieder.  
 2. Kommissale Angelegenheiten.  
 3. Beschlußes.  
 Zahlreichen Besuch erbetet  
 Der Vorstand.

**Freie**  
**Turnerschaft**  
**Rüstringen.**  
 Die für Sonnabend den  
 8. Juni anderwärts Monats-  
 versammlung fällt unabhän-  
 diger aus.  
 Der Vorstand.

**Eala frya Fresena**  
**Heute Sonnabend,**  
 abends 8.30 Uhr:  
**Versammlung**  
 im Heinrichshof,  
 Heppens, Villenburgerstrasse.  
 Der Vorstand.

**Diskutierklub Sande.**  
 Bezirk C, Sanderahm.  
 Sonntag den 9. Juni 1912,  
 abends 8 Uhr:  
**Versammlung**  
 Der Vorstand.

**Accum.**  
 Sonntag den 9. Juni:  
**Großer Ball.**  
**B. Eggers.**

**Codes-Anzeige.**  
 (Stadt Ratten).  
 Weiteren abend 6 Uhr ver-  
 schied nach langer, mitbedeut  
 ertragener Krankheit meine  
 liebe Tochter, meine gute  
 Schwester und Schwägerin  
**Helene Maerken**  
 im höchsten Alter von 56  
 Jahren. Dies ergibt tief-  
 betrübt an  
**Job. Maerken**  
 und Angehörige.  
 Rüstringen, 7. Juni 1912  
 Die Beerdigung findet am  
 Montag den 10. Juni, nach-  
 mittags 3 Uhr vom West-  
 fränkchenhaus aus statt.

**Codes-Anzeige.**  
 Allen Freunden und Be-  
 kannten hiermit zur Nachricht,  
 daß am Mittwoch nächst Vater  
 und Großvater  
**Friedrich Schwalger**  
 im Alter von 91 Jahren  
 nach langer Krankheit sanft  
 entschlafen ist.  
 Rüstringen, 17. Juni 1912  
**Theodor Schwalger**  
 nebst Frau und Kindern.  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonnabend nachmittag um  
 2 1/2 Uhr vom Wilhelms-  
 hospital aus statt.

**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herz-  
 licher Teilnahme bei dem Ein-  
 scheiden meiner lieben Frau  
 ist hiermit allen meinen bez-  
 ughen Dank.  
**With. Döring,** nebst Kindern  
 und Angehörigen.









rentlichen Umfangs, mit denen sich die Arbeiter zufrieden erklärten.

**Kleine gewerkschaftlichen Nachrichten.** Zwecks Neu-  
regelung ihrer Arbeitsbedingungen sind die holländischen  
Arbeiter in Rotterdam (Niederlande) in eine Lohnbewegung  
getreten. — Im englischen Unterhause erklärte der Sprecher  
der Arbeiterpartei, MacDonald, daß die streikenden Trans-  
portarbeiter bereit seien, Vorschläge der Regierung an-  
zunehmen und die Arbeit sofort aufzunehmen, wenn die  
Regierung die ehrlche Durchführung des Schiedsgerichts-  
verfahrens verbürgt. — In Petersburg wurden die  
Mitglieder des Streikkomitees der Arbeiter verhaftet, um auf  
diese Weise die Streikbewegung zu erschöpfen. — Das Syn-  
dikat der Bergarbeiter hat gestern in dem ganzen Bode  
von Asturien den Generalstreik erklärt. In Langres strei-  
ken die Arbeiterverbände aus Solidarität mit den Berg-  
leuten. — Die jetzt tagende Jahreskonferenz der englischen  
Federation der Transportarbeiter, der 27 Organisations-  
gruppen mit 250000 Mitgliedern angehören, beschloß einstim-  
mig den Anschluß an die Internationale Transportarbeiter-  
federation. Der internationale Sekretär Jakobson, welcher  
dem Kongreß beizuwohnt, dankte den zahlreichen Delegierten  
im Namen seines Zentralkomitees in herzlichsten Worten für  
diesen bedeutungsvollen Beschluß.

**Aus dem Lande.**

**Die Birkenfelder Regierung in kapitalistischen Banden.**

Die Städte Oberstein und Idar sind im Fürstentum  
Birkenfeld, dem dritten Landesteil des Großherzogtums  
Niederrhein, das finanzielle Rückgrat, die Hauptenergiequelle.  
In ihnen wohnt und arbeitet die Hälfte der Einwohnerzahl  
des Fürstentums. Mindestens sechzig Prozent der übrigen  
Bevölkerung haben ihre Existenzbedingungen in der industriell  
und kommerziell stetig sich entwickelnden Städte. Dilem  
monomischen Gewichts entspricht aber keineswegs der Einfluß  
der Städte auf die Verwaltung des Fürstentums, auch nicht  
die Beachtung, welche die Interessen der Städte bei der  
Regierung in Birkenfeld finden. Wenigstens wird in allen  
Angelegenheiten der gewerblichen Bevölkerung darüber gefaßt.  
Die Berücksichtigung dieser Klagen scheint jetzt wieder ihre  
Probe bestehen zu sollen bei der Frage der elektrischen  
Stromerzeugung des Fürstentums durch das Schudertwerk  
in Oberstein und die von der Gesellschaft verlangte Aenderung  
des Konzessionsvertrages mit der Stadt Oberstein. Vor  
14 Jahren erhielten die Eigentümer des Schudertwerkes mit  
der Konzession zum Betrieb eines Elektrizitätswerkes mit  
Straßenbahn über den Willen der Gemeinde Idar, nachdem  
der Willkür eines wesentlich günstigeren Vertrages mit  
einer anderen Gesellschaft die Genehmigung der Regierung  
nicht gefunden hatte. Der Vertrag mit der „Oberstein-  
Idar-Elektrizitätsgesellschaft“, so wurde die  
Schudertische Gründung getauft, wurde auf 40 Jahre ab-  
geschlossen, dafür hatte das Werk 4 Prozent der Netto-  
einnahme an Oberstein und 2 Prozent an die Staatskasse  
in Birkenfeld zu zahlen und ein Drittel der Unterhaltung  
der benutzten Straßen zu tragen. Anfangs ging das Ge-  
schäft nicht glänzend aus und wurden die 2 Prozent, die dem  
Staate zufielen, von der Regierung der Gesellschaft geliehen  
bis 1911. Seit 1909 verteilt die Gesellschaft aber eine  
Dividende von 8 Prozent.

Es ist nebenbei nicht erfindlich, weshalb der Gesellschaft  
über 1909 hinaus die 2 Prozent noch gestundet und er-  
lassen werden sind von der Regierung, die doch in ewiger  
Selbsthaft ist. Es ist dies um so weniger einzusehen, als die  
Gesellschaft zweifelsfrei die zwei Prozent wie die vier Prozent  
als eine Betriebsausgabe gebucht hat. Die hohe Dividende  
konnte also über diesen Leistungen her verteilt werden. Die  
Regierung scheint nun aber der Ansicht zu sein, daß ihr  
für die Gesellschaft gutes zu tun trotzdem noch viel übrig  
geblieben ist, denn nach den Erörterungen über die Weiter-  
führung der elektrischen Straßenbahn über Idar hinaus  
nach Tiefenstein soll die Regierung bereit sein, die Kon-  
zession, ohne daß der Vertrag abgelauten ist, um 15 Jahre  
bis zum Jahre 1923 zu verlängern. Das würde nun auf  
Kosten der Stadt Oberstein gehen, die dann auch noch 15  
Jahre länger mit der Elektrizitätsgesellschaft verbunden  
sein würde. Diese Konzessionsverlängerung soll wahrheitlich  
die Entscheidung sein für das Gewinn- und Verlustkonto,  
das die Gesellschaft mit der Weiterführung der Straßen-  
bahn nach Tiefenbach übernimmt. Eine solche Konzessions-  
verlängerung würde, wie schon angedeutet, gegen die In-  
teressen der Städte Oberstein und Idar auf das schwerste  
verstoßen. Diese müssen sich mit Händen und Füßen da-  
gegen wehren. Der Widerstand ist notwendig, weil zu be-  
fürchten ist, daß der Landesverband, der mit der Konzessions-  
erteilung sich befassen muß, den von der Regierung im  
Sinne der Förderung der Gesellschaft ausgedeuteten Ver-  
tragsentwurf annehmen wird. Dafür wird von den bür-  
gerlichen Vertretern des Landesverbandes keine zu hohen sein,  
daß Tiefenstein oder der Landesverband das durch die  
Weiterführung der Straßenbahn nach Tiefenstein etwa ent-  
stehende Defizit deckt, was sich eigentlich selbst versteht. Das  
würde aber bei dem Vertragsverhältnis mit Oberstein die  
beste Lösung der Risikofrage sein. Oberstein wäre dabei  
keineswegs bevorzugt, denn infolge seiner steuerlichen Lieber-  
legenheit müßte es durch seinen Beitrag zum Landesver-

band den Löwenanteil an der Deckung des Risikos tragen.  
Das müßte auch die Regierung in Birkenfeld wissen. Sie  
müßte wissen, daß im Interesse einer gesunden Weiterent-  
wicklung der Finanzen der Stadt Oberstein, im Interesse  
einer möglichst vorteilhaften Ausbarmachung des Wertes  
für die Stromerzeugung des ganzen Fürstentums es  
durchaus notwendig ist, den Konzessionsvertrag jetzt nicht  
zu verlängern. Wie verlautet, hat aber nach einem Aus-  
druck des Herrn Regierungsrates Prolle die Regierung in  
Birkenfeld die feste Absicht, die Konzessionsverlängerung im  
Landesverband zur Annahme zu bringen. Oberstein und  
Idar müssen, wenn es sonst kein Mittel der Abwehr gibt,  
die Zentralregierung in Eidenburg darauf aufmerksam  
machen, daß wichtige Interessen des Landesteils Birkenfeld,  
besonders der genannten Städte, auf dem Spiele stehen  
gegenüber den Profitinteressen einer Handvoll Kapitalisten,  
die freilich zum Teil auch in der Stadt Idar hien.

**Delmendorff, 6. Juni.**

**Eine Gemeindegemeinschaft** findet am Sonntag  
den 9. Juni, mittags 1 1/2 Uhr, bei Wirt G. Wohlers,  
Ruhthorner Straße, statt. Die Versammlung beschäftigt sich  
besonders mit der beabsichtigten Straßensperrung.

**Gefundene Gegenstände** sind dem Fundbüro, Rath-  
haus 1, Zimmer 7, eingeliefert: 1 Damenhandtasche, 1 Taschent-  
latterne, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Armband, 1 Damen-  
halsette, 1 Handwagen, 1 Herrenfahrrad, 1 Rolle Pfennig-  
stücke.

**Nordenham, 7. Juni.**

**Kartellisierung.** Eine Sitzung des Gewerkschaftsrates  
sahd Mittwoch abend in Rohmers Lokal statt. Anwesend  
waren 18 Delegierte. Zunächst gelangten verschiedene Ein-  
gänge zur Beratung. Ueber den geplanten Dampfer-Aus-  
stieg berichtigte die Kommission, daß der ungünstige Ver-  
hältnis halber von einem allgemeinen Dampferausstieg  
Abstand genommen werden muß, dagegen stellte die Kom-  
mission in Aussicht, vielleicht im August noch einen kleineren  
Ausstieg, vorausgesetzt, daß dann die Verhältnisse günstiger  
sind, vorzunehmen. Die Delegierten erklärten sich damit  
einverstanden. — Zur Neubearbeitung der Bibliothek wurde  
eine viergliedrige Kommission gewählt, die in Gemeinschaft  
mit der vom sozialdemokratischen Wahlverein gewählten  
Kommission die Aufgabe zu erledigen hat. — Das Wort ge-  
redet wurden noch der Kinderkassen-Kommission und der Ar-  
beiter-Jugend. Ersterer wird nach Empfang des Materials  
ihre Tätigkeit aufnehmen; betr. Arbeiterjugend wurde be-  
schlossen, allen Jugendlichen sollen von den Gewerkschaften  
die „Arbeiter-Jugend“ zur Verfügung gestellt werden. —  
Einem Antrag, die früher stattgefundenen Kartellkonferenzen  
müßten wieder stattfinden, wurde zugestimmt, ein dements-  
prechender Antrag soll an zukünftiger Seite eingereicht  
werden.

**Die Grasnutzung** des Geländes bei der Badanstalt  
und sämtlicher Straßen und Wegebermen innerhalb des  
Stadtbezirks für das Jahr 1912 soll am Sonnabend den  
8. Juni, nachmittags 6 Uhr, auf dem Rathaus verpackt  
werden. Pachtdingungen sind auf dem Rathaus einzusehen.

**Kurich, 6. Juni.**

**Konservativer Wahlverein.** Der „Welter-Zeitung“ wird  
von hier geschrieben: Der Reichstagsabgeordnete Dr.  
Semler wurde bekanntlich trotz der gemäßigten Anstren-  
gungen der Bündler und Konservativen mit erdrückender  
Majorität wiedergewählt. Dennoch meinen aber die Agrar-  
ier, den Kreis für sich erobern zu können, und man hat in  
Kurich vor einigen Tagen einen konservativen Wahlverein  
gegründet, an dessen Spitze der Rechtsanwalt Schapp-Kurich  
steht. Es heißt, 135 Mitglieder haben sofort den Beitritt  
erklärt. Da nun zur Zeit des Pfingstmarktes am 8. Juni  
die Bündler in Kurich ein Sommerfest feiern, so tritt zum  
ersten Male der neue Verein in Tätigkeit. Die Festrede über-  
nimmt Landtagsabgeordneter Ahrens-Mein-Flöhe. Man  
rechnet mit der Möglichkeit, daß Dr. Semler vor Ablauf der  
Legislaturperiode aus Gesundheitsrücksichten zurücktritt,  
und will für kommende Fälle gepöppelt und gerüstet sein.  
Das Beginnen der Agrarier ist vollständig zwecklos, denn die  
nationalliberale Meinung in Stadt und Land im zweiten  
hannoverschen Wahlkreise wird niemals durch den Bund der  
Landwirte ausgerottet werden können, denn man betrachtet  
den Bund der Landwirte als einen Fremdkörper aus Ost-  
elbien, der sich ein- und aufdrängen will.

**Emden, 7. Juni.**

**Unfallsfall.** Ein trauriger Unfallsfall ereignete sich  
gestern nachmittag auf einem Reudau an der Danterstraße.  
Dort war der Zimmermann L. de Haan mit dem An-  
nageln von Einbaublatten beschäftigt. Hierbei muß er das  
Hebergewicht bekommen haben und stürzte in die Tiefe.  
Der rasch hinzugezogene Arzt konnte nur noch den Tod des  
Gefürzten feststellen. Er hinterläßt Frau und fünf Kinder.

**Kleine Mitteilungen aus dem Lande.** Infolge des überaus  
günstigen Kaltenbestandes bei der Landratskassen in Kurich ist  
für dieses Jahr eine Beitragsaushebung zur Grundsteuer der  
Städte und Städte nicht erforderlich. — Der Jägerverein in  
Bodhorn veranstaltet am Sonntag, den 4. August eine Jäger-  
schau. — Die Hühnerplage, welche in letzter Zeit die Umgebung  
von Norden unheimlich machte, sind in den Verlenen der Gebirge

**Rückwärts und Sauerstoff** aus Rechtsprechung ermittelt. — Aus dem  
Runde Delmendorff wird schon wieder der Ausbruch der Maul-  
und Klauenseuche gemeldet.

**Aus aller Welt.**

**Die Wüder des Fortgeschrittenen.** Wir berichteten un-  
länglich, daß die Ebingerde der Fortgeschrittenen alle Erschöpfung  
aufgefunden worden. Der Fall hat jetzt seine Auflösung  
gefunden. In Ebingerde hat einem Telegramm zufolge  
der Sägewerksbesitzer Rierat das Geschäft abgelegt, den  
Fortgeschrittenen Rie, der ihn beim Wüden ertrug, gemeinsam  
mit dem Werkmeister Rye und dessen Sohn aus einem  
Hinterhalt niedergelassen zu haben. Alle drei wurden  
verhaftet. Die Staatsanwaltschaft hatte seinerzeit auf die  
Ergreifung des Wüders 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

**Ein netter Konjul.** Dr. W. Z. wird aus Genf ge-  
meldet, daß dort gestern der österreichisch-ungarische Konjul  
Vadweh Klan wegen betrügerlicher Schulden und Betrugs-  
missbrauch verhaftet wurde. Vor einigen Wochen wurde  
in das österreichisch-ungarische Konsulat in Genf ein Ein-  
bruch verübt, wobei Geld, Schmuckgegenstände und Doku-  
mente gestohlen worden sein sollen. Die Diebe wurden  
zwar in Lyon gefangenommen, aber bei ihrem Verhöf stellten  
sich so eigentümliche Dinge heraus, daß man auch den Konjul  
in Genf verhaften ließ. Es scheint, als ob der Konjul  
den Einbruch in Genf in Genf hatte, um Unterschlagungen zu ver-  
decken.

**Der Klostermusikant.** Aus Petersburg wird der  
„Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Die Klostertänzerin von Bo-  
rowski nahm vor fünf Jahren einen fahrenden Musikanten  
ins Kloster auf, der, wie sie zur Verabreichung der über diese  
Skandal empörten Gläubigen und der Kommen verführte,  
ihr von Gott selber zugeschiedt worden war und jeder irdi-  
schen Schwäche fremd blieb. Da sich aber einige der älteren  
Nonnen durchaus nicht an die Anwesenheit eines Mannes  
gewöhnen wollten, so gab die Klostertänzerin den Musikanten als  
— Entschuldigend aus. Schließlich ließ sie ihn sogar als Nonne  
einkleiden, nachdem er sich Bart und Haare geschoren. Die  
Gläubigen der Gemeinde bewundern sich mehrmals beim  
Bischof, aber ohne jeden Erfolg. Im Kloster fanden sich  
schließlich die Kommen mit der seltsamen Schwelmer ab, die  
Tag und Nacht, selbst im Schlaftraume, mit ihm zu-  
sammenlebte. Doch in diesem unwürdigen Wele regten sich  
schließlich wieder menschliche Gefühle, der Musikant ent-  
führte eines Tages eine junge Nonne und ließ sich  
mit ihr in einem benachbarten Dorfe nieder, wo er eine  
Werkstätte zur Ausbesserung von Musikinstrumenten er-  
öffnete. Das Paar, das immer noch die Klostergebäude  
trug, zog die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, so daß der  
Erzbischof einschreiten mußte. Dieser drohte den beiden  
mit Ausweisung, wenn sie nicht heiraten würden, und der  
Musikant führte denn auch richtig die entführte Braut zum  
Altar. Auch die Erbsengendner haben die beiden seither  
abgelegt. Die Gläubigen der Umgebung denken aber  
strenger als ihr Seelenhirt. Sie haben eine mit vielen  
Unterschriften versehene Eingabe an den Kellnerin Senod  
gerichtet, der sich nächstens mit der Angelegenheit befassen  
muß. Hoffentlich führt der zu erwartende Entscheid wenig-  
stens das junge Eheglück nicht, das aus diesem merkwürdi-  
gen Klosterroman aufgehängt ist.

**Veranstaltungen-Kalender.**

- Sonnabend, den 8. Juni.  
Rüstringen-Wilhelmshaven  
Metallarbeiter-Verband (Elektronenteiler). Abends 8 1/2 Uhr bei  
Haltewald.  
Verband der Tagelöhner. Abends 8 1/2 Uhr bei Michel, Bild. Straße.  
Radl-Verein Neudorf. Abends 8 Uhr: Zur Kaffeezeit.  
Arbeiter-Turn-Depens. Abends 8 1/2 Uhr: Zur Stadt Depens.  
Bürgerverein Depens (weil. Teil). Abends 8 1/2 Uhr im Zwöl-  
f. Barl.  
Tafelbesitzer-Verband. Abends 8 1/2 Uhr im Hof von Eidenburg.  
Sonnabend den 9. Juni.  
Uccum.  
Bürger-Verein. Abends 7 Uhr bei Eggers.  
Barl.  
Transportarbeiter-Verband. Nachmittags 6 Uhr bei J. Franzius.  
Fabrikarbeiter-Verband. Nachm. 7 Uhr bei Willers.  
Tafelbesitzer. Nachmittags von 5-7 Uhr im Hof von Eidenburg.  
Barl.  
Transportarbeiter-Verband. Nachmittags 4 Uhr bei D. Decker.

**Schiffahrts-Nachrichten.**

- Don 6. Juni.  
Telegramme des Norddeutschen Lloyd.  
Postd. Wilms, von Cistoffen, gestern an Singapore.  
Postd. Halle, nach Brasilien, gestern ab Antwerpen.  
Schneid. Kronpr. Wilh., nach New York, gestern ab Cherbourg.  
Postd. Prinz Gisel Friedr., nach Chicago, gestern ab Penang.  
Postd. Prinz Heinrich, nach Westaustralien, gestern ab Genoa.  
Postd. Prinz Sigismund, von Australien, heute Yokohama an.  
Postd. Prinz. Ostwald, nach Westaustralien, gestern ab Alexandrien.  
Postd. Rhein, nach Baltimore, gestern Capes Henry passiert.  
Postd. Weltalen, nach Australien, gestern ab Antwerpen.  
Postd. Willehad, nach Canada, gestern Bilbao Rad passiert.  
Postd. Jüten, nach Australien, gestern Bortum-Niff passiert.

**Schwaffer.**

Sonnabend, 8. Juni: vormittags 6.26, nachmittags 6.24

**Die Qualität gibt den Ausschlag!**



MAGGI® Suppen sind aus den besten Rohmaterialien hergestellt; sie enthalten die natürlichen Bestandteile hausgemachter Suppen und schmecken ebensogut wie diese. Deshalb verlange man ausdrücklich MAGGI® Suppen und achte auf die Schutzmarke „Kreuzstern“

MAGGI® gute, sparsame Küche.



